

**Ingolstadt – Lebenswert 2025
STADTENTWICKLUNGSPLAN**

**Abschlussveranstaltung zur
Ausstellung Lebenswelten.IN
20. Juli 2011**

Protokoll
Oranna Erb, Ingegerd Schäuble



1. Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Mißbeck

Herr Mißbeck begrüßt die anwesenden Stadtratsmitglieder, die Ingolstädter BürgerInnen, Stadtbaurätin Frau Preßlein-Lehle, die MitarbeiterInnen der Verwaltung, das Moderationsteam Frau Schäuble und Frau Erb, die Bezirksausschussmitglieder sowie die VertreterInnen der Presse.

2. Begrüßung durch Frau Preßlein-Lehle

Frau Preßlein-Lehle dankt den BürgerInnen und Stadtratsmitgliedern für ihr Interesse und dafür, dass sie sich die Zeit genommen haben, zur heutigen Abschlussveranstaltung der Ausstellung „Lebenswelten.IN“ zu kommen.

Sie hält einen kurzen Rückblick auf die einzelnen öffentlichen Veranstaltungen, die im Zuge dieser Ausstellung stattgefunden haben:

- **Ausstellungseröffnung** am 24. Mai 2011
- Diskussionsabend mit **Fachvorträgen** am 30. Mai 2011
- zahlreiche **Führungen** für unterschiedlichste Gruppierungen durch die Ausstellung in der Zeit zwischen Mai und Juli 2011
- Führung durch MitarbeiterInnen der GWG zum „**Wohnen an der Donau**“ am 30. Juni und schließlich
- heute der **Ausstellungsabschluss**.

Frau Preßlein-Lehle stellt fest, dass der **persönliche Kontakt** bei den Führungen durch die Ausstellung für beide Seiten, für BürgerInnen wie auch für die Fachleute aus den Ämtern, sehr wichtig war. Das abstrakte Thema „Stadtentwicklungsplanung“ konnte den BürgerInnen auf diese Weise bildlich und kreativ näher gebracht werden. Das **Nachdenken zum Thema Wohnen in Ingolstadt** ist dadurch in Gang gekommen. Dies zeigt sich auch daran, dass ca. 100 Ideenkarten geschrieben wurden, wobei die von den BürgerInnen angesprochenen Themen eine sehr große Bandbreite aufweisen. Heute soll die Quintessenz aus dieser mehrstufigen Bürgerbeteiligungsphase vorgestellt werden.

Als nächsten Schritt geht es ab Herbst dann um **konkrete Umsetzungsvorschläge** zur räumlichen Siedlungsentwicklung, wobei die vielen Anregungen und Diskussionen in die Konzepte einfließen sollen. Zu gegebener Zeit werden die BürgerInnen wieder in geeigneter Form an den Planungen **beteiligt** werden.



3. Einführung durch Frau Schäuble

Frau Schäuble erläutert zunächst **wesentliche Qualitäten**, die die Stadtentwicklungsplanung in Ingolstadt (günstig) beeinflussen, wie:

- eine engagierte, differenziert denkende **Stadtpolitik**
- kompetente Fachkräfte in der **Stadtverwaltung**
- externe **Fachbüros**, die die Verwaltung punktuell unterstützen
- **interessierte BürgerInnen**, die rechtzeitig und gezielt beteiligt werden
- Kommunikation in der Stadt, u.a. auch durch fundiert berichtende **Medien**
- verbindliche **Informationen und Dokumentationen**, u.a. mit Protokollen, die von einem neutralen Moderationsteam erstellt und auf der Internet-Seite der Stadt für alle Interessierten zugänglich sind.

Die Bürgerbeteiligung ist in Ingolstadt mit der Ausstellung Lebenswelten.IN und den begleitenden Veranstaltungen vergleichsweise **intensiv** gelaufen, was sich u.a. auch in der Vielzahl an eingegangenen Ideenkarten spiegelt, in denen bereits jetzt die Vielfalt der bürgerschaftlichen Meinungen und Interessen anklingt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass **Bürgerbeteiligung** bei der **Stadtentwicklungsplanung anspruchsvoller** ist als bei anderen planerischen Themen, da diese ein inhaltlich äußerst komplexes, räumlich differenziertes und zeitlich sehr umfassendes Vorhaben betrifft.

Die Ausstellung hat die Möglichkeit geboten, einen **ersten Einstieg in die Aufgabe Stadtentwicklungsplanung** anhand des in Ingolstadt zentralen Themas „Lebenswelten und Wohnen“ zu finden, was im Spiegel der öffentlichen Meinung gut gelungen ist:

- die Diskussion in der Stadtgesellschaft wurde thematisch angestoßen und wird im Dialog rege bewegt
- Stadtentwicklungsplanung ist als wesentliche Qualität in einem längeren Prozess angelegt und soll sich, nicht nur als Meinungs austausch zwischen Stadtverwaltung / Stadtpolitik einerseits und Bürgerschaft / Öffentlichkeit andererseits, sondern auch als Dialog zwischen unterschiedlich interessierten / betroffenen BürgerInnen – nach und nach etablieren.



- Wenn BürgerInnen die gute Erfahrung machen, dass ihre Anregungen ernst genommen werden, werden die Beteiligungsangebote im Laufe der Zeit noch mehr Resonanz und Zulauf finden.

Mit der fortschreitenden fachlichen Arbeit am Stadtentwicklungsplan werden die Aufgabenstellungen in der Beteiligung weiter aufgeschlüsselt. Es wird **differenzierte Beteiligungsangebote** geben

- zu einzelnen Flächen, Quartieren, Stadtteilen
- für bestimmte Interessen- bzw. Bevölkerungsgruppen (z.B. Jüngere, Ältere, Familien, EigentümerInnen, MieterInnen, Gewerbe und Handel, BZA; Stadtaktive)
- für bestimmte stadtgesellschaftliche Themen (z.B. Wohnformen, Natur in der Stadt, Ökologie, Energie, soziale Infrastruktur)

Es wird die **Kunst** sein, diese verschiedenen Aspekte / Qualitäten / Interessen, die in der Stadtgesellschaft vorhanden sind, miteinander in eine gute Verbindung zu bringen und nach Lösungen zu suchen, die möglichst viele Vorstellungen und Notwendigkeiten berücksichtigen.

Die **Ideenkarten**, die engagierte Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Beschäftigung mit dem Thema der Ausstellung und mit dem Stadtentwicklungsplan ausgefüllt haben, sind vom Moderationsteam inzwischen nach Themen geordnet und ausgewertet worden. Dabei haben sich folgende **Schwerpunkte** herauskristallisiert:

- Altstadt
- Stadtteile
- Wohnen, Wohnformen
- Wohnumfeld, Dichte, Gestaltung
- Umsetzbarkeit
- Versorgung / Einkaufen / Dienstleistungen
- Kulturelles Angebot
- Mobilität / Verkehr
- Grünversorgung / Donau
- Energie / Ökologie

Heute soll nun Gelegenheit zu einer gemeinsamen Rückschau auf die Ergebnisse (aus Ideenkarten sowie dem Austausch bei den Veranstaltungen) und zur weiteren



Diskussion gegeben werden. Frau Preßlein-Lehle wird zunächst ein Fazit aus der Vielzahl der eingegangenen Ideen ziehen. Danach gibt es einen Ausblick:

- Wie geht es in der Stadtentwicklungsplanung weiter?
- Wie geht es in der Bürgerbeteiligung weiter?
- Wo ist noch fachliche und dialogische Vertiefung erforderlich?

4. Resümee aus den eingegangenen Ideen: Frau Preßlein-Lehle

Frau Preßlein-Lehle nennt als spontanes **Fazit aus der Bürgerbeteiligung** zur Ausstellung Lebenswelten.IN folgende Punkte:

- Es bestand Konsens mit den herausgearbeiteten Lebenswelten bis auf die fehlende Differenzierung der SeniorInnen.
- Der Bedarf an 1 und 2-Zimmer Wohnungen wurde bestätigt.
- Der Bedarf an Wohnungen ist sehr differenziert zu betrachten und auch je nach Wohnviertel unterschiedlich: im Südosten und Nordosten Ingolstadts gebe es eine größere Offenheit für Umzüge; in den dörflichen Stadtteilen bestehe eher der Wunsch, möglichst lange im Einfamilienhaus zu bleiben.

Frau Preßlein-Lehle nimmt 4 der von Frau Schäuble oben genannten Schwerpunkt-Themen etwas genauer unter die Lupe:

Thema Altstadt

Für viele hat die Altstadt hohe Bedeutung. Die Bedeutung als **Wohnviertel** sei allerdings eher gering, wenn man nur die Zahl der EinwohnerInnen (EW) betrachte: lediglich ca. 5.000 bis 6.000 EW. Eine sehr hohe Bedeutung werde dem **Erlebniswert** der Altstadt beigemessen. Es gehe dabei nicht so sehr um das Einkaufen, sondern auch um die Gastronomie sowie kulturelle Erlebnisse. Die Altstadt sei immer noch die „gefühlte Stadt“.

Frau Preßlein-Lehle greift exemplarisch einige Zitate aus den Ideenkarten heraus:

- „Rettet die Innenstadt! Der Aufenthalt muss noch attraktiver werden. Die Donau muss mehr genutzt werden. Gezielte Wohnraumentwicklung.“



- „Ich wünsche mir abwechslungsreiche Läden in der Innenstadt sowie die Wiedereröffnung der Kinos.“
- „Bessere Nutzung von innenstadtnahen Flächen, die zur Zeit brachliegen – Ingo-Bräu-Areal, Gießerei-Gelände ... – da ist Potenzial.“

In der Innenstadt läuft derzeit eine **Vielzahl von unterschiedlichen Projekten**:

- Projekte, die die Gestaltung des öffentlichen Raums betreffen
- Projekte für Wohn- und Mischnutzung sowie
- kulturelle Projekte.

Im einzelnen nennt sie die Umnutzung des Ingo-Bräu-Geländes, des Krankenhaus-Areals, die Gestaltung des Münsterplatzes, das Gießerei-Gelände, die Verkehrsuntersuchung Schlosslände sowie das Projekt „Fähre“ des Umweltreferenten Herrn Scheuer.

Thema Stadtteile

Bürgerinnen und Bürger haben bestätigt, dass die Stadtteile genauso viel Bedeutung haben wie die Altstadt, u.a. auch weil die BürgerInnen einen Großteil ihrer **Zeit „zu Hause“** dort verbringen. Hier bestehe größtenteils Zufriedenheit, z.B. im Hinblick auf die Nachbarschaft und das Vereinsleben. Es blieben jedoch auch noch Wünsche offen, z.B. in Bezug auf die **Dorfplätze** und das Wohnumfeld. Des Weiteren habe die **Nahversorgung** in den Ortsteilen existenzielle Bedeutung.

Auch zu diesem Thema nennt Frau Preßlein-Lehle einige Zitate aus den Ideenkarten:

- „Eine Stadt besteht nicht nur aus der Altstadt, sondern auch aus vielen Ortsteilen. Ortsteile müssen gestärkt werden.“
- „Allerdings gibt es auch in Oberhaunstadt keine Einkaufsmöglichkeiten, keinen Arzt, keine Apotheke.“
- „Ausweisung von Bauplätzen im Süden für Einfamilien-, Doppel- und Mehrfamilienhäuser“.

Als Beispiele der in den Stadt- und Ortsteilen laufenden Aktivitäten zeigt Frau Preßlein-Lehle auf, dass in verschiedenen Ortsteilen (z.B. Friedrichshofen, Rothenturm) und Soziale Stadt Gebieten (z.B. Konrad Viertel, Augustin Viertel, Pius Viertel) ganz-



heitliche Planungen mit intensiver Betroffenenbeteiligung durchgeführt werden, bei denen besonders das soziale Umfeld gestärkt wird.



Thema Grün- und Freiflächen

Dass auch dies ein elementares Thema für die Bürgerschaft sei, zeigt Frau Preßlein-Lehle anhand der Rückmeldungen und zitiert aus den Ideenkarten folgende Beispiele:

- „Kneipp-Anlagen sind für Jung und Alt ein guter Fitness-Anlaufpunkt – bitte mehr!“
- „Es sollten Intimsphären geschaffen werden und zugleich Bereiche, wo sich alle treffen können.“
- „Mehr „grüne Achsen“ zum Radfahren ! Weniger „individuelles Grün“, mehr „kollektives Grün“!“

Auch im Hinblick auf diesen Themen-Schwerpunkt sind in Ingolstadt bereits einige **Aktivitäten im Gange**, so z.B.:

- die Machbarkeitsstudie zur **Landesgartenschau** 2020 im Nordwesten von Ingolstadt (... und selbst wenn die Landesgartenschau nicht komme, so werde an der Gestaltung des 2. Grünrings der öffentlichen Grünfläche weitergearbeitet);
- die **Bäume** am Rathausplatz
- die **Kneipp-Anlagen**
- die Strukturuntersuchung **Landschaftsraum-Süd** im 2. Grünring im Südwesten.

Frau Preßlein-Lehle betont, dass auch die Stadtteil-Versorgung mit Grün ein existenziell wichtiges Thema ist.

Thema Wohnen / Wohnumfeld

Zu diesem Thema nennt Frau Preßlein-Lehle zunächst einige bürgerschaftliche Anregungen aus den Ideenkarten:

- „Zentrumsnahes Wohnen, aber mit Einbeziehung der **Natur!** Alternative, weg vom flächenverbrauchenden Einfamilienhaus weisende Wohnformen fördern!“
- „Wohnen muss in Zukunft so unterschiedlich sein wie es die Menschen sind!“
- „**Generationenwohnen** unbedingt fördern ... Dann im Haus Gemeinschaftsräume, Organisation von haushaltsnahen Diensten, die es älteren Menschen erleichtern, möglichst lange selbständig zu bleiben!“



Frau Preßlein-Lehle sieht die **Veränderung der Lebensstile** als einen wichtigen Aspekt in diesem Themenbereich: es gebe nicht mehr nur die klassische Kleinfamilie, sondern eine Vielfalt an anderen **Beziehungskonzepten** und **Lebensformen**. Bauträger reagieren hierauf zwar bereits mit dem Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Dies sei jedoch noch nicht ausreichend (differenziert) gemessen am Bedarf. Es bestehe in der Öffentlichkeit z.B. der ausgeprägte Wunsch nach Mehrgenerationenwohnen. Hierunter sei das Wohnen im vertrauten (familiären und weiteren sozialen) Kreis zu verstehen, zusammen mit Menschen, mit denen man gemeinsam alt werden kann, auch zusammen mit jungen Familien – möglichst kostengünstig und für viele auch möglichst in der eigenen Immobilie. Dieser Bedarf müsse bei der Planung von Bauflächen für zusätzliche 10.000 EinwohnerInnen in Ingolstadt immer parallel mitgedacht werden.

Nachdem die Besichtigung des Projekts „Wohnen an der Donau“ der Ingolstädter Wohnungsbaugenossenschaft GWG großen Anklang gefunden hat, plant die Stadtverwaltung eine **Exkursion** für interessierte BürgerInnen nach München, zu Projekten der **Wohnbaugenossenschaft „wagnis eG“**. Im Anschluss daran könne bei Interesse eine Projektgruppe zum Mehrgenerationen-Wohnen in Ingolstadt gegründet und von der Stadt wohlwollend unterstützt werden.

Auch zu dem häufig geäußerten **Wunsch nach Gemeinschaftsräumen** zeigt Frau Preßlein-Lehle die Haltung der Stadt am aktuellen Beispiel im Bereich des Pionierkasernen-Geländes. Hier sei ein Begegnungsraum geplant, der von der Gemeinschaft unterhalten werden solle: ein Hof als Treffpunkt für zwanglose Begegnungen.

5. Diskussion, moderiert durch Frau Schäuble

Eine Bürgerin bemerkt, dass bei kleinen Wohneinheiten viel von jungen Leuten gesprochen werde. Sie halte es aber auch für sehr wichtig, **Wohnungen für ältere und behinderte Menschen** zu schaffen, die behindertengerecht sind.

Frau Preßlein-Lehle erläutert, dass der Bau eines bestimmten Anteils an barrierefreien Wohnungen bei einer Wohnanlage ohnehin gesetzlich verankert sei. Z.B. gewährleiste der auf dem Ingo-Bräu-Gelände geplante Wohnungsmix dies.



Es wird nachgefragt, wie die Stadtentwicklungsplanung mit den vielen **Anregungen** umgesetzt werde und welche **Vorgaben** es zukünftig bei der Planung gebe. Frau Preßlein-Lehle schildert dazu die verschiedenen **Planungshierarchien**, in denen gearbeitet werde:

- im **FNP** werde geklärt, wo neue Baugebiete, z.B. Wohnbauflächen für 10.000 zusätzliche EinwohnerInnen ausgewiesen werden sollen. Hierüber entscheide der Stadtrat.
- (Bebauungsplan-) **Konzepte für konkrete Baugebiete** werden zur Zeit entwickelt und in Ingolstadt i.d.R. mit den betroffenen BürgerInnen diskutiert (z.B. Rothen-turm, Friedrichshofen). Hierbei sei z.B. mit den BürgerInnen auch zu bespre-chen, wie groß der faktische – nicht nur der verbal vorgetragene – Wunsch ist, an einem Wohnhof zu wohnen und wie ernst der Wunsch nach nahem Kontakt mit den NachbarInnen wirklich sei. Auch auf dieser Planungsebene entscheide dann der Stadtrat über die Vorgaben.

Zum Thema „**Altstadt**“ erläutert Frau Preßlein-Lehle, dass für eine lebendige Altstadt nicht nur der Einzelhandel wichtig sei. Dieser sei lediglich ein Baustein im Mosaik einer lebendigen Stadt. Es solle in Ingolstadt auch in kultureller oder sozialer Hinsicht noch mehr passieren in der Altstadt, z.B. könnte Ingolstadt seine Attraktivität – auch für TouristInnen – durch ein stringentes **Museums-Konzept** noch erhöhen. So könnte Ingolstadt z.B. mit einem naturkundlichen Museum, einem Donau-Museum und dem Haus der Bayerischen Geschichte, für das sich die Stadt gerade beworben hat, die Urbanität erhöhen und Interesse auch über die Stadtgrenzen hinaus wecken. Es sei auch denkbar, dass z.B. eine Donau-Fähre die Museen jenseits der Donau anbinde, und dass z.B. eine IN-Card für 5 Museen + Einzelhandel verkauft werde.

Ein Teilnehmer möchte hinsichtlich der **Bürgerbeteiligung** drei Dinge klären:

- Ist eine Verbreiterung der Bürgerbeteiligung möglich?
- Kann/ soll die Repräsentativität der Interviews zu den Lebenswelten noch erhöht werden?
- Wie ist die demokratische Legitimation der Bürgerbeteiligung einzuschätzen?

Im Moment beschäftigten sich noch v.a. die Amtsträger, die sich qua Amtes in die Diskussion einklinken, mit dem Thema Stadtentwicklungsplanung. Darüber hinaus seien viele der angesprochenen Themen Interessen-geprägt. Er überlegt, ob z.B. mit



der Methode der **Planungszellen** – einer Idee aus den 70er Jahren – nicht mehr BürgerInnen einbezogen, mehr Themenneutralität erreicht und mehr Legitimation abgesichert werden könnten. Bei der Methode der Planungszelle würden nach dem Zufallsprinzip ausgewählte BürgerInnen ein Bürgergutachten erarbeiten, das dann in die Planung mit einfließe.

Frau Schäuble hält die möglichst breite Aufstellung der Bürgerbeteiligung für sehr wichtig. Sie erinnert daran, dass in den 70er Jahren die Planungszelle mit großer Begeisterung aufgenommen und mit viel Aufwand praktiziert worden sei. Von den Planungszellen sei damals ein Schub für die Idee der kooperativen Planung ausgegangen. Mit der **Verfeinerung der Methoden** in der Folge der Planungszellen seien aber neben den Vorteilen auch die Nachteile des Verfahrens deutlich geworden. Z.B. seien Planungszellen personell und organisatorisch sehr aufwendig, bei konsequenter Durchführung teuer und bei der späteren Umsetzung gerieten die Zuständigen oftmals in Legitimationsnot. Es habe sich als problematisch herausgestellt, mit zufällig ausgewählten (manchmal nicht wirklich interessierten) BürgerInnen zwangsweise zu arbeiten, während die wirklich interessierten aus formalen Gründen nicht zum Zuge kämen. Die formal-quantitative Legitimation ersetze nicht ohne Weiteres die sachlich-qualitative Legitimation. Bürgerbeteiligung solle ja auch nicht die Entscheidungen des Stadtrats durch eigene Abstimmungen ersetzen, sie sei mit ihren Empfehlungen vielmehr eine qualitative Hilfestellung im Entscheidungsfindungsprozess des Stadtrates.

Der geforderte, bei komplexen Fragestellungen sehr hohe, verbindliche Arbeitsaufwand bei der Planungszelle sei oft kritisiert und als (letztlich delegitimierendes) Ausschlusskriterium gewertet worden. Ohne an dieser Stelle weiter in die Tiefen der Diskussion um die Methode der Planungszellen gehen zu können, sei für Ingolstadt an ein Beteiligungskonzept gedacht, das nicht weniger intensiv und legitim, aber durch seine grundsätzliche Freiwilligkeit und Offenheit wesentlich breiter sei. So sollten z.B. in einem **differenzierten Konzept der Bürgerbeteiligung**

- in großen **stadtweiten** Veranstaltungen zu je geeigneten Zeitpunkten Informationen an die breite Stadt-Öffentlichkeit gegeben und um Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan geworben werden
- in speziellen Beteiligungsangeboten **stadtteil- oder flächenspezifische** Aufgabenstellungen bearbeitet
- in **zielgruppenspezifischen** Beteiligungen einzelne Interessenslagen von bestimmten Bevölkerungsgruppen bearbeitet und



- in **themenspezifischen** Beteiligungen die Anliegen und das Engagement von BürgerInnen für bestimmte Qualitäten der Stadtgesellschaft bzw. der Lebensführung zum Thema gemacht werden.

Es sind nicht alle Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung geeignet, um sie in großer Breite der Bürgerbeteiligung zu bewegen. Es ist aber auch sensibel darauf zu achten, dass niemand ausgeschlossen oder dass Anliegen „vergessen“ werden. Aus ihrer Sicht sei wichtig, dass sich die Bürgerbeteiligung bedarfsabhängig im Laufe der Zeit etabliere, und dass diejenigen BürgerInnen, die sich tatsächlich interessieren, zusammen mit den fachlich Zuständigen einen **Lernprozess** durchlaufen.

Frau Preßlein-Lehle weist zusätzlich darauf hin, dass die Ausgangslage in Sachen Stadtentwicklungsplan-Dialog in Ingolstadt und das angestrebte Ergebnis im Auge behalten werden müsse. Bis jetzt sei es einerseits um die Erfassung der Stimmungslage und der Anliegen in der Bürgerschaft gegangen, andererseits sei es Aufgabe, über die Beteiligungsangebote zu informieren und ihre schrittweisen Ergebnisse glaubhaft weiter zu verarbeiten. Der Dialog zum Stadtentwicklungsplan sei ein **wachsender und lernender Prozess für alle Beteiligten**.

Sie berichtet beispielhaft aus Rothenturm: hier seien von ca. 500 EinwohnerInnen 120 mehrfach und engagiert zu Bürgerbeteiligungsveranstaltungen gekommen. Eine aus 15 Personen bestehende Arbeitsgruppe sei zur Arbeitserleichterung für alle von den ca. 120 Teilnehmenden selbst bestimmt worden, damit Konzepte diskutiert und im Interesse der dortigen Wohnbevölkerung in die Planung eingebracht werden. Mit den Arbeitsergebnissen sei die Arbeitsgruppe aber nachträglich von einigen kritisiert worden und ihre Repräsentativität angezweifelt worden. An diesem Beispiel sei erkennbar, dass es durchaus unterschiedliche Vorstellungen von Repräsentativität gebe. Der dortige Konflikt sei zwar gelöst worden, aber es zeige sich, dass Themen einen Ort auch spalten können. Daraus sei der Schluss zu ziehen, dass für jedes Thema, jede Situation und jede Betroffenengruppe eine **eigene Form der Bürgerbeteiligung** zu finden sei.

Ein Bürger unterstützt die Idee einer **differenzierten Bürgerbeteiligung**: diese müsse nicht zwangsläufig immer in großen Veranstaltungen mit 500 Personen durchgeführt werden. Besser seien Veranstaltungen in kleineren Gruppen und in den Bezirken, wie z.B. Bürgergespräche, Stammtische. Damit könne eine rege Beteiligung erreicht werden.



Frau Schäuble erläutert nochmals, dass die **Ausstellung** Lebenswelten.IN zunächst vor allem einen ersten **Impuls** für die Diskussion zur Stadtentwicklungsplanung in der Stadtgesellschaft geben sollte.

Ein Bürger bemerkt, dass der Blick bislang schwerpunktmäßig auf die SeniorInnen gerichtet gewesen sei und bittet, auch die **Jugendlichen stärker** in die Überlegungen mit **einzu beziehen** bzw. den Bedarf zielgruppenorientiert zu überprüfen. Für Familien seien z.B. die Spielgeräte in der Altstadt nicht ausreichend. Außerdem interessiert er sich für die Rückmeldungen bezüglich der **Fußgängerzone** – auch dieses Thema betreffe das Wohnumfeld.

Frau Preßlein-Lehle erläutert, dass die **Altstadt** einen **hohen Stellenwert** habe, und dass einige Punkte im Altstadtbereich angegangen werden; es könne jedoch nicht alles auf einmal umgesetzt werden. Im übrigen sei bei den Ideenkarten das „Angebot in der Altstadt“ ein wichtiges Thema gewesen.

Frau Bernegg (Büro uc studio) erläutert, dass die durchgeführten **Interviews** keinen Anspruch auf Repräsentativität stellen, nur einen **Rahmen für die Stadtentwicklung** geben und übergeordnete Entwicklungsziele berühren sollten. Aus diesem „strategischen Überbau“ sollten dann später einzelne Maßnahmen abgeleitet werden.

Ein Bürger bittet die Verwaltung, den Wunsch der BürgerInnen nach **Mehrgenerationenwohnen ernst zu nehmen**. Es solle zumindest eine Kontaktbörse gegründet werden für Menschen, die sich mit dieser Wohnform beschäftigen wollen.

Frau Schäuble greift die Idee auf und führt den Gedanken noch weiter: sie weist auf die sozialen Potenziale des **Mehrgenerationenwohnens** hin, denn dieses Lebenskonzept sei auch eine **Kompetenzfrage** (soziale Fähigkeiten und Konfliktkompetenzen, Verantwortungsübernahme und Verbindlichkeit), was beim Vortrag von Frau Hollerbach von der Wohnbaugenossenschaft „wagnis eG“ am 30. Mai 2011 deutlich herausgearbeitet und für alle spürbar wurde.

Eine Bürgerin bittet, den vielfach geäußerten Wunsch nach **Verbesserung des ÖPNV ernst zu nehmen**. Insbesondere solle der Bahnhof, der z.Zt. umgebaut wird, besser mit der Altstadt verbunden werden.



Frau Brand freut sich, dass sich im Zuge der bisherigen Bürgerbeteiligung schon gezeigt habe, wie sehr die BürgerInnen **an konkreten Projekten interessiert** seien, mit denen sie sich identifizieren können. Dies sei sehr gut bei der Führung durch die GWG-Anlage „Wohnen an der Donau“ mit ca. 30 BürgerInnen sichtbar geworden, bei der das Feedback sehr positiv war. Hier gebe es ein vielfältiges Wohnungs- / Hausangebot. U.a. sei – bei Anwesenheit der MieterInnen – eine Penthouse-Wohnung besichtigt worden. Die Verwaltung beabsichtige, auch eine Fahrt nach München zur gemeinsamen Besichtigung von **Projekten der „wagnis eG“** zu organisieren. Insgesamt habe sich bei der Bürgerbeteiligung gezeigt, dass die Vertrauensbildung und der gegenseitige Austausch wichtige Aspekte sind. Der Dialog mit den BürgerInnen stelle für sie eine sehr positive Erfahrung dar.

Ein Bürger **lobt die Ausstellung** „Lebenswelten.IN“ und bedankt sich herzlich bei Frau Preßlein-Lehle und allen Verantwortlichen. Es habe eine rege Beteiligung gegeben, bei der schwerpunktmäßig 10 Themenbereiche angesprochen wurden. Im Vergleich zur Einwohnerzahl von Ingolstadt sei die Beteiligung allerdings noch steigerbar. Im übrigen danke er Frau Brand für ihren Beitrag bezüglich der Führungen.

Frau Preßlein-Lehle hält aus ihrer Erfahrung heraus folgenden **Aufbau einer Bürgerbeteiligung** für sinnvoll:

- zu Beginn könne das Thema frei diskutiert werden, die BürgerInnen können auch mal „Dampf ablassen“ zu allgemeinen Themen;
- danach müsse aus sämtlichen Äußerungen der Grundgedanke herausgefiltert werden, um den es den BürgerInnen eigentlich geht;
- im nächsten Schritt müsse es noch konkreter werden: die Anregungen müssen wiedererkennbar umgesetzt werden.

Frau Schäuble weist darauf hin, dass das Thema auch in der **Presse** ausführlich aufgegriffen werden müsste, um es in die Öffentlichkeit zu tragen, und dass die hier Anwesenden als MultiplikatorInnen in ihren jeweiligen Stadtteilen wirken können.

Ein Teilnehmer erläutert, dass über 6.000 Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen zur GWG gehören, und dass hier auch in der Vergangenheit schon oft Begehungen stattgefunden haben. Auch das **betreute Wohnen** könne besichtigt werden; viele MieterInnen seien für Besichtigungen offen. Es gebe auch einen von den MieterInnen



gewählten Mieterbeirat. Zudem weist er darauf hin, dass über die Bezirksausschüsse und die Stadtratsmitglieder ein guter Kontakt zu den BürgerInnen möglich ist.

Frau Schäuble fragt nach, wie die **Angebote der GWG** weiter mit in die Arbeit **einbezogen** werden können. Es sei vielen BürgerInnen anscheinend nicht bekannt gewesen, dass die GWG nicht nur sozialen, sondern auch frei finanzierten Wohnungsbau betreibt und dass es Führungen durch Wohnungen gibt.

Ein Bürger bittet darum, Planungen, die beschlossen werden, möglichst lange bei der Umsetzung offen zu halten. Gerade was die SeniorInnen betreffe, sei eine große Offenheit notwendig (Beispiel Pionierkaserne).

Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bemerkt er, dass der erfolgte Anstoß sehr wichtig war, dass es nun aber auch konkret werden müsse (z.B. FNP-Änderung). Dann würden die interessierten BürgerInnen auch kommen.

Frau Preßlein-Lehle weist darauf hin, dass die heutige TeilnehmerInnenzahl nicht das Bild der gesamten Bürgerbeteiligung wiedergebe. Es sei ein sehr reger Besuch der Ausstellung zu verzeichnen. Wichtig sei hierbei gewesen, dass nicht nur über Flächen **diskutiert** wurde, sondern auch über **gesellschaftliche Veränderungen**, über „das Leben an sich“, mit allen dazu gehörenden Themen, vom kulturellen Angebot bis hin zum Fahrbahnbelag. Somit könne festgestellt werden, was als „Qualität im Lebensraum“ erachtet wird (Grün, Soziales, Kultur etc.). Dies müsse bei den konkreten Planungen im Detail mit einbezogen werden.

Frau Schäuble erläutert, dass es eine **Kunst sei, zwischen Abstraktem und Konkretem hin- und herzuspringen**. Diese sei in der Bürgerbeteiligung in Ingolstadt Programm. Gerade beim Stadtentwicklungsplan gehe es sowohl um Abstraktes (wie z.B. Lebenskonzepte), als auch um Konkretes (z.B. Flächenausweisungen). Die Gesamtschau müsse dabei immer im Blick bleiben. Dadurch werde den BürgerInnen, aber auch allen anderen Beteiligten ein intensiver Lernprozess abverlangt.

Im übrigen weist Frau Schäuble nochmals darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung keine Abstimmung ist. Es sei eine **qualitative, und keine quantitative Beteiligung**.

Ein Bürger erinnert daran, dass es beim **FNP 1996** heiße Kämpfe um Bauflächen gegeben habe, dass aber **Verkehr** und **Kultur** keine großen Themen gewesen seien.



Eine Bürgerin fragt nach, ob bei der Bürgerbeteiligung auch **Betroffenengruppen** angesprochen worden seien, wie z.B. Selbsthilfegruppen oder Angehörigen-Gruppen. Frau Preßlein-Lehle berichtet, dass beim **Integrierten Handlungskonzept „Soziales und Bildung“** auch Betroffenengruppen einbezogen wurden. Beim Thema Wohnen sei ein Querschnitt der Bevölkerung und gerade auch die nicht in Gruppen organisierten Menschen angesprochen worden. Zudem sei der Behindertenbeauftragte sehr engagiert.

Eine Bürgerin zieht ein Resümee aus der Ausstellung: mit den **Lebenswelten** sei es gelungen, die BesucherInnen zu der Überlegung anzuregen, wo sie hingehören und sich **Gedanken über Strukturen** zu machen. Es sei wichtig, gute Strukturen zu schaffen, z.B. mit privaten, halböffentlichen und öffentlichen Räumen. Im Laufe eines Lebens ändern sich die Strukturen ständig, was in der Ausstellung gut sichtbar geworden sei. Diese sei ein wunderbarer Einstieg in das Thema „Stadtentwicklung“ gewesen. Die Kommunikation sowohl über den eigenen Alltag als auch ein gesamtstädtisches Denken seien hier angeregt worden.

Frau Preßlein-Lehle betont, dass es auch für **PlanerInnen** wichtig sei, **andere Lebenswelten** anzuschauen und ein vielfältiges Leben im Auge zu behalten. Auch für sie sei die Ausstellung daher sehr wichtig gewesen. Sie fragt nach weiteren Wortmeldungen und dankt allen Anwesenden für ihr Kommen und Frau Grupp sowie Frau Bernegg für die Organisation der Ausstellung.

Herr Bürgermeister Mißbeck schließt sich dem Dank an und wünscht einen guten Nachhause-Weg.

